

ROTER HAHN

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

AUSGABE 87

JUNI 2020



Liebe Leserin, lieber Leser,

„Der DFB bekennt sich zur Achtung aller international anerkannten Menschenrechte... Er tritt verfassungsfeindlichen Bestrebungen sowie jeder Form von diskriminierenden oder menschenverachtenden Einstellungen und Verhaltensweisen entschieden entgegen. Dies gilt ebenso für jede Form von Gewalt, unabhängig davon, ob sie körperlicher oder seelischer Art ist.“ So steht es im § 2 der Satzung des Deutschen Fußballbundes, und ich bin sehr froh,

dass zahlreiche Sportlerinnen und Sportler sich in diesem Sinne öffentlich mit dem bei einem brutalen Polizeieinsatz ermordeten US-Bürger George Floyd solidarisieren.

Rassismus und Antisemitismus nehmen leider auch in Deutschland wieder zu, und statt konsequent dagegen vorzugehen, wird noch viel zu oft weggeschaut, vertuscht und bagatellisiert. Ich denke dabei auch an den vor einem Jahr ermordeten CDU-Politiker Walter Lübcke, an die Anschläge von Hanau und Halle sowie an die jüngsten rechtsextremistischen Vorfälle in der Bundeswehr und ihrer Elitetruppe KSK, dem Kommando Spezialkräfte. Hintergründe und mögliche Netzwerke müssen dringend aufgeklärt werden.

Antifaschistisches Engagement ist wichtiger denn je, meint
Ihr/Euer

Streit um finanzielle Schäden für den Sport durch Corona-Krise

Hoch her ging es in der Sitzung des Sportausschusses am 27. Mai, als der Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) Alfons Hörmann eine mit Hilfe der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte erarbeitete Studie über Auswirkungen der Corona-Krise auf die rund 90.000 Sportvereine sowie die Landessportbünde und Sportfachverbände vorstellte. Im Ergebnis der durchgeführten Befragungen kam der DOSB auf eine durchschnittliche Schadenshöhe von 12.000 Euro pro Verein, insgesamt also über 1 Milliarde Euro. 75 Prozent der Verbände sehen bis zum Jahresende ihre Existenz bedroht. Insbesondere als die Vorsitzende des Ausschusses, Dagmar Freitag (SPD), der Studie und den darin enthaltenen Zahlen unzureichende Seriösität unterstellte, kam eine ungewöhnliche Schärfe in die Beratung.

Nach Auffassung von André Hahn wird der finanzielle Schaden für den Sport durch die Corona-Pandemie leider sehr erheblich sein. Es ist schwer, den Schaden exakt zu beziffern, zumal derzeit keiner weiß, wie lange die Einschränkungen für nationale und internationale Wettkämpfe noch andauern werden. Die vom DOSB vorgelegten Zahlen sind eine erste Annäherung, mit der man jetzt weiter arbeiten kann. Nötig ist mit Sicherheit ein Schutzschirm für den Breiten- wie für den Spitzensport. Das erfordert auch die Bereitstellung finanzieller Mittel auf Bundesebene, um die Vielfalt des Sports zu erhalten. Zudem müssen auch die Länder eigene Hilfsprogramme auflegen. Zur Ehrlichkeit gehört für André Hahn aber auch, dass die Politik nicht alle Ausfälle im Sportbereich vollständig kompensieren kann. Nötig ist jetzt auch eine gesellschaftliche Debatte über den Stellenwert des Sports in unserer Gesellschaft, gerade mit Blick auf den Spitzen- und Profisport. Die ausufernde Kommerzialisierung muss endlich gestoppt werden! Wichtig ist die Unterstützung des Breiten- und Schulsports durch den von Minister Seehofer angekündigten 'Goldenen Plan Sportstätten', der auch ein wichtiger Bestandteil des Konjunkturprogrammes des Bundes sein sollte.

(André Nowak)

TERMINE MIT ANDRÉ HAHN (Auswahl)

08.06.

**Vorstandssitzung des
Vereins für Doping-
analytik und spezielle
Biochemie e.V.**

Dresden

*

08.06., 15:30

**Gespräch mit dem
Kreisvorstand der
LINKEN Meißen**

*

08.06., 17:00—18:30

**Bürger*innen-
Sprechstunde im
Haus für Viele(s)**

Dresdner Str. 13
Meißen

*

15.06.—19.06.

**Sitzungswoche
im Bundestag
Berlin**

*

22.06., 17:00

**Kreistagssitzung
Pirna**

*

23.06., 16:00-18:00

**Bürger*innen-
Sprechstunde im
Wahlkreisbüro**

Lauterbachstr. 4, Pirna

*

25.06., 17:00-18:30

**Bürger*innen-
Sprechstunde im
Wahlkreisbüro**

Lange Str. 34, Sebnitz

*

29.06., 10:00-13:00

**Öffentliche Anhörung
der Präsidenten der
Nachrichtendienste
des Bundes**

Bundestag, Berlin

Anmeldung über:

vorzimmer.pk1@bundestag.de

BND muss rechtswidrige Spionage sofort beenden



Am 19. Mai 2020 hat das Bundesverfassungsgericht (BVG) eine sehr weitreichende und wichtige Entscheidung getroffen, indem es urteilte, dass das Gesetz zur Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung des BND in zentralen Punkten verfassungswidrig ist. Das ist aus Sicht der LINKEN ein großer Erfolg der Klageführer, u.a. von „Reporter ohne Grenzen“, und eine schwere Niederlage für die Bundesregierung und die Koalition aus Union und SPD.

Dies betonte André Hahn auch in seiner [Rede](#) im Bundestag am 28. Mai und forderte, dass alle vom Verfassungsgerichtshof für rechtswidrig erklärten Praktiken des BND sofort beendet werden müssen.

Die Aussagen der Karlsruher Richter sind eindeutig: Eine anlasslose Massenüberwachung des BND verstößt massiv gegen Grundrechte. Von zentraler Bedeutung ist ebenso die Klarstellung des BVG, dass die Grundrechtsbindung deutscher Behörden auch im Ausland gilt, z.B. gegenüber Journalisten.

DIE LINKE fühlt sich durch das Urteil in fast allen rechtlichen Kritikpunkten, die sie bei der Verabschiedung des Gesetzes Ende 2016 vorgebracht hat, bestärkt. Leider hatten Grüne und LINKE damals nicht das erforderliche Quorum für die Einreichung einer Normenkontrollklage beim BVG.

André Hahn: Droht uns ein Impfwang?

In den vergangenen Wochen erhielt auch ich zahlreiche Zuschriften mit der Aufforderung, der Einführung einer Impfpflicht keinesfalls zuzustimmen.



In der Sitzung des Bundestages am 14. Mai 2020 stand die Beratung des von der CDU/CSU und SPD eingebrachten Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite an. Es handelte sich hierbei um erneute Ergänzungen im Infektionsschutzgesetz, wobei das umstrittene Vorhaben von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) zur Einführung eines sogenannten Corona-Immunitätsnachweises schon nicht mehr enthalten war - auch auf Grund des Drucks der Öffentlichkeit und der LINKEN. Ein solcher mit Vorteilen und Privilegien für Genesene verbundener Corona-Pass wäre diskriminierend gewesen und hätte die Gesellschaft unweigerlich gespalten.

Und mit Blick auf viele Anfragen will ich hier klarstellen: Anders als bisweilen öffentlich behauptet, gab es in keinem der zur Bewältigung der Corona-Pandemie beschlossenen Gesetze einen Passus zur Einführung einer Impfpflicht. Wer etwas anderes verbreitet, sagt schlicht die Unwahrheit.

DIE LINKE hat im Übrigen bereits das erste Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes im März dieses Jahres sehr kritisch gesehen und ihm letztlich nicht zugestimmt. Insbesondere die dem Gesundheitsminister eingeräumte Möglichkeit, sich per Rechtsverordnung über bestehende Gesetze hinwegzusetzen, ist mit unserem Verständnis eines demokratischen Rechtsstaates unvereinbar. Das zweite Gesetz wurde am 14. Mai mit den Stimmen von Union und SPD angenommen. DIE LINKE hat geschlossen dagegen gestimmt, während sich die Grünen der Stimme enthielten.

Bei den erheblichen Grundrechtsbeschränkungen im Zuge der Corona-Bekämpfung haben wir darauf gedrungen, dass all diese Regelungen automatisch nur befristet gelten dürfen. Grundrechte müssen sich auch und insbesondere in Krisenzeiten bewähren; das habe ich in meiner [Rede](#) im Bundestag am 7. Mai nochmals betont. DIE LINKE wird die bestehenden Freiheitsbeschränkungen auch in Zukunft immer wieder hinterfragen und sehr genau darauf achten, dass keine Grundrechtseinschränkung das Corona-Virus überlebt!

IN KÜRZE

Im Zusammenhang mit der Corona-Krise hat DIE LINKE folgende Anträge in der Sitzungswoche vom 27. bis 29. Mai auf die Tagesordnung gesetzt: „Globale Gesundheitsfinanzierung vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie“, [Drs. 19/19485](#);

„Auszubildende in der Krise nicht vergessen – Ausbildungskatastrophe abwenden“, [Drs. 19/19486](#); „Lehrkräftemangel beheben – Gute Bildung sichern“, [Drs. 19/19483](#) sowie „Fahrradprämie für alle“, [Drs. 19/19488](#).

Hinzu kamen mehrere Anträge zu weiteren Themen, darunter der Antrag „Für ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht und eine Einbürgerungsoffensive“, [Drs. 19/19484](#).

*

Mit Blick auf die Debatte über Staatshilfen in der Corona-Krise hat die Fraktion DIE LINKE eine neue Studie zur Präsenz aller DAX-Konzerne in Steueroasen herausgegeben. Hier der Link: https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/PDF_Dokumente/2020/200519_Draft_DAX_30_A4.pdf

*

Der Bund wird alle Kosten für die Ansiedlung einer Außenstelle des Bundesamtes für Sicherheit und Informationstechnik (BSI) mit zunächst 200 Beschäftigten in Freital übernehmen. Das hat die Bundesregierung auf [Anfrage](#) von André Hahn bestätigt.

André Hahn
bei Facebook



Impressum/Kontakt

Büro Dr. André Hahn, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 227 75777
E-Mail: andre.hahn@bundestag.de

Wahlkreisbüro Sächsische
Schweitz-Osterzgebirge:
Lauterbachstr. 4, 01796 Pirna
Tel.: 03501 5710090
E-Mail:
andre.hahn.ma03@bundestag.de

Wahlkreisbüro Meißen:
Dresdner Str. 13, 01662 Meißen
E-Mail: andre.hahn@bundestag.de

Redaktionsschluss: 03.06.2020
Redaktion: André Nowak